

Kleine Anfrage 1201

des Abgeordneten Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Rechtswidrige und undemokratische Besetzung der Ausschussvorsitze in der SVV Liebenwalde

Entgegen der eindeutigen Regelung des § 43 Abs. 5 BbgKVerf werden die Vorsitze in den Fachausschüssen der Stadtverordnetenversammlung Liebenwalde seit der Kommunalwahl 2014 nicht nach D'Hondt-Höchstzählverfahren vergeben. Unter kompletter Ignorierung des auf Beteiligung der Opposition setzenden Gesetzeswortlautes werden die Ausschussvorsitzenden jeweils getrennt in den Ausschüssen gewählt, mit der Folge, dass die CDU-LGU-Mehrheit in SVV und Fachausschuss jeweils ihren Kandidaten durchgesetzt hat. Alle Fachausschussvorsitzenden werden ausschließlich von Vertretern der CDU-Fraktion gestellt.

Die SVV ist wie folgt zusammengesetzt:

CDU: 6 Sitze
Linke: 3 Sitze
LGU: 3 Sitze
BfL: 2 Sitze
SPD: 2 Sitze

Dennoch wurden sämtliche Ausschussvorsitze an die CDU gegeben, indem in jedem Ausschuss entgegen der klaren gesetzlichen Bestimmung getrennte Wahlen durchgeführt worden sind, bei denen jeweils der CDU-Kandidat gewann. Trotz mehrfacher Beschwerden zahlreicher Stadtverordneten und kleinerer Fraktionen verweigert der Bürgermeister samt der SVV-Mehrheit die gesetzesmäßige Besetzung der Ausschussvorsitze. Um diesem grob rechtswidrigen Vorgehen den Anschein der Legalität zu verleihen, wurde sogar per Mehrheitsbeschluss (natürlich nicht einstimmig) die Geschäftsordnung der SVV dahingehend geändert, dass die Ausschussvorsitze entgegen § 43 Abs. 5 BbgKVerf gewählt werden, sodass die Beteiligungsmöglichkeiten der Opposition bei der Besetzung der Vorsitze komplett ausgeschaltet sind. Die Änderung der Geschäftsordnung wurde unter krassem Verstoß gegen die Kommunalverfassung beschlossen. Bisherige Versuche der betroffenen kleineren Fraktionen, ein Einschreiten der Kommunalaufsicht zu erzwingen, waren ebenfalls nicht von Erfolg gekrönt. So wurde von mehreren kleineren Fraktionen ein Antrag auf Einberufung der SVV gestellt, um die Neubesetzung der Ausschussvorsitze vorzunehmen. Der Vorsitzende der SVV (CDU-Fraktion) verweigerte entgegen dem eindeutigen Wortlaut des § 34 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf die Einberufung der Sitzung. Auch die Kommunalaufsicht des Landkreises Oberhavel sah keine Veranlassung, aufsichts-

rechtlich tätig zu werden und erklärte in ihrem Schreiben vom 29.07.2015 unter grober Falschwiedergabe des Gesetzestextes, dass die Einberufung auch beim Verlangen von einem Fünftel der SVV-Mitglieder nur zu erfolgen habe, wenn mindestens 3 Monate seit der letzten Sitzung der SVV vergangen wären (sic!). Hierzu wurde durch den Sachbearbeiter der Kommunalaufsicht der Gesetzestext erkennbar falsch formatiert und wiedergegeben, sodass der Eindruck entsteht, dass die Einschränkung „*frühestens drei Monate nach...*“ sowohl zu Nr. 1 als auch zu Nr. 2 des § 34 Abs. 2 gehört (sic!), was offensichtlich nicht richtig ist. Auf diesem Wege beflügelte die Kommunalaufsicht (allgemeine untere Landesbehörde!) durch fehlerhafte Wiedergabe des Gesetzestextes den Beibehalt des rechtswidrigen Zustandes in der SVV Liebenwalde. Bis zum heutigen Tag (anderthalb Jahre nach der Kommunalwahl) besteht in Liebenwalde eine eindeutig rechtswidrige Lage bei der Besetzung der Ausschussvorsitze.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist es möglich, dass in der SVV Liebenwalde seit anderthalb Jahren derart offensichtlich gegen die Bestimmungen der Kommunalverfassung verstoßen wird?
2. Wie ist es möglich, dass die Kommunalaufsicht des Landkreises Oberhavel als allgemeine untere Landesbehörde diesen Zustand duldet und trotz mehrfacher Beschwerden bisher keine konkreten, den Zustand in eine rechtmäßige Lage versetzenden Maßnahmen ergriffen hat?
3. Ist die Gesetzesinterpretation der Kommunalaufsicht des Landkreises Oberhavel als allgemeine untere Landesbehörde, wonach eine Einberufung der SVV gemäß § 34 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf erst 3 Monate nach der letzten Sitzung erfolgen müsse, richtig?
4. Wenn Frage 3 mit Nein beantwortet wird: Wer trägt die Verantwortung für die fehlerhafte Gesetzesanwendung und die damit einhergehende Beibehaltung des rechtswidrigen Zustandes?
5. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung – konkret das Innenministerium als obere Kommunalaufsicht – ergriffen, um die einheitliche und rechtmäßige Anwendung von Landesrecht in Liebenwalde durchzusetzen?
6. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Besetzung der Ausschussvorsitze nach dem D'Hondt-Höchstzählverfahren auch dazu dienen soll, der politischen Opposition angemessene Mitwirkungsrechte zu geben? Wird diesem Prinzip der Mitwirkungsmöglichkeit noch Rechnung getragen, wenn alle Ausschussvorsitze nur einer einzigen Fraktion (deren Wahlergebnis im Übrigen: 35,2 %) anheimfallen?